

V e r h a n d l u n g s p r o t o k o l l
der 49. Sitzung des Bundesrates vom 30. Juni 1961

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Wahlen
Abwesend: niemand
Schriftführer: HH. Oser und Weber
Protokolle: keine
Beginn: 9 Uhr Schluss: 11 Uhr 40

Der Herr Bundespräsident eröffnet die Sitzung durch ein herzliches kurzes Abschiedswort, in dem er Herrn Petitpierre den Dank für die dem Lande geleisteten grossen Dienste ausspricht. Herr Petitpierre dankt seinen Kollegen für das Vertrauen und die kollegiale Mitarbeit und dem Herrn Bundespräsidenten für seine freundlichen Worte.

Mitteilungen des Vorstehers des EPD

Zusammenfassung der aktuellen Probleme, die das EPD beschäftigen
 Herr Petitpierre gibt eine Zusammenstellung der hängigen Probleme und der Probleme, die sich noch stellen können, bekannt und kündigt an, dass er eine vollständige Liste für seinen Nachfolger zurücklassen werde.

Probleme, die sich als Folgen des letzten Krieges gestellt haben
 Diese sind in Hauptsache erledigt oder in Erledigung begriffen.
 Es handle sich um folgende Fragen:

1. Hilfe an die kriegsgeschädigten Auslandschweizer
 Die Aktion könne gegen Ende des Jahres abgeschlossen werden. Der grösste Teil der Geschädigten sei mit der Erledigung zufrieden. Eine kleine Gruppe, der sich s.Zt. Herr Duttweiler angenommen hatte, sei nicht zufrieden, habe aber praktisch keinen Einfluss mehr.
2. Affäre Interhandel
 Dies sei eine sehr komplizierte Angelegenheit, bei der der Bund, ohne sich einzumischen, die Gesellschaft in ihrem prozessualen Vorgehen unterstütze. Herr Petitpierre habe Gelegenheit gehabt, mit Dean Rusk über dieses Problem zu sprechen.
3. Erblose Vermögen
 Ein Antrag des JPD stehe auf der heutigen Tagesordnung. Es sei bedauerlich, dass diese Angelegenheit bisher nur schleppend vorwärts gekommen sei.



Allgemeine Probleme internationaler Art1. Beitritt zur UNO

Die Frage sei nicht aktuell. Hier sei nach wie vor eine Reserve gerechtfertigt. Dagegen sei es in der Ordnung, wenn man fortfahre, mit der UNO zusammenzuarbeiten, wenn sie besondere Dienste von uns verlange (Korea, Kongo etc.)

2. Beitritt zum Europarat

Das Statut unserer Beobachter soll bekanntlich geändert werden. Der Bundesrat habe dazu bereits Stellung genommen. Der Beitritt selbst sei nicht dringend, könne aber in wenigen Jahren in Frage kommen.

3. Integration Europas

Ein Hauptproblem sei die Beteiligung der Schweiz an der Integration Europas. Hier sei er weder zu optimistisch noch zu pessimistisch. Er glaube, dass die neutralen Länder sich durchsetzen werden. Für uns sei es nötig, durch diplomatische und diskrete Aktionen zu versuchen, gewisse Länder für unsere Ideen zu gewinnen. Man sollte konkrete Vorschläge ausarbeiten für die Modalitäten eines Beitrittes der Schweiz zur EWG.

4. Hilfe an Entwicklungsländer

Man werde mit der Zeit bestimmte Grundsätze festlegen müssen, unter denen die Hilfe gewährt werden soll. Es sei aber besser, noch einige Zeit mit den Vorbereitungen zu verlieren, als sofort ohne genügende Vorbereitungen loszugehen.

5. Internationale Zusammenarbeita) Kampf gegen den Hunger

Hier müsse man die Bedingungen für unsere Zusammenarbeit festlegen.

b) Rettung der historischen Kunstdenkmäler in Lybien vor den Wassern des Assuanstaudammes

Es handle sich hier um ein Unternehmen der UNESCO, bei dem Schweizer eine grosse Rolle spielen (Gysin, Direktor des Landesmuseums und Prof. Stucki, Lausanne). Man müsse prüfen, ob ein Kredit gesprochen werden könne. Wegen des Regimes der VAR sei die Aktion bei uns nicht populär. EPD und EDI sollen die Sache prüfen.

Probleme mit einzelnen LändernUSA

Folgende Fragen seien pendent: Militärdienstleistungen junger Schweizer in den USA, Antitrustprozess (Uhrenindustrie) und der schon erwähnte Fall Interhandel.

Frankreich

Revision des Regimes der "zones franches" (Aufhebung der Freihandelszone, die weder für Genf noch für Frankreich ein Interesse haben). Rekrutierung Minderjähriger für die Fremdenlegion. (Die Fremdenlegion soll Weisung erhalten haben, keine minderjährigen Schweizer mehr anzuwerben. Hier sei eine gemeinsame Aktion Deutschland, Schweiz, Beneluxländer vorgesehen gewesen, auf die jetzt wahrscheinlich verzichtet werden könne). Die drei im Zusammenhang mit dem Miragekauf in Erinnerung gerufenen Angelegenheiten (Fluglinie nach Marseille, Käseexport, Weinkontingente). Die Frage

Käseexport und Marseille scheine auf guten Wegen. - Was die Konferenz von Evian betreffe, seien neue franco-algerische Kontakte aufgenommen worden für Wiederaufnahme der Verhandlungen.

Deutschland

Regelung der Verhältnisse der Enklave Büsingen. Vom Anschluss sei nicht mehr die Rede, jedoch von einem Spezialstatut. Es handle sich um ein sehr kompliziertes Problem.

Guinea

Fall des gefangenen gesetzten Schweizerbürgers Fritschi und Schwierigkeiten wegen der Angelegenheit Moumié.

Sowjetrussland und kommunistische Länder

Hier bleibe das Problem, das einmal energisch angepackt werden müsse, nämlich der wissenschaftlich-kulturelle Austausch mit den kommunistischen Ländern. Hier sei vor allem das Verhalten Zürichs in der Angelegenheit des russischen Meisterviolinisten David Oistrach zu bedauern. - Es müsse auf diesem Gebiete sehr viel Aufklärungsarbeit geleistet werden. Unsere bisherige Haltung in diesen Fragen schade uns mehr als sie uns nütze.

Mit der Tschechoslowakei seien die Beziehungen getrübt wegen der Spionageaffären.

Beziehungen im Allgemeinen

Zusammenfassend könne man sagen: gut bis sehr gut seien die Beziehungen zu den westlichen Staaten und vor allem zu den Entwicklungsländern, korrekt seien sie mit den kommunistischen Ländern. Sehr bedauerlich sei, dass der neue Botschafter der Elfenbeinküste das Opfer eines schweizerischen Betrügers in Lausanne geworden sei.

Herr Petitpierre schliesst seine Ausführungen mit dem Dank an die Kollegen für das Verständnis, das sie den Angelegenheiten des EPD immer entgegengebracht haben.

Auf eine Frage von Herrn Bourgknecht, wie es sich mit den Schulden des ehemaligen Botschafters von Peru verhalte, antwortet Herr Petitpierre, dass die Lieferanten bezahlt worden seien, ob die Banken noch Verluste erleiden wisse er nicht. Man könne aber sagen, dass die Angelegenheit mehr oder weniger befriedigend habe geregelt werden können.

Präsidialvorbringen

Presseorientierung

Es wird beschlossen, dass der Herr Bundespräsident die Presse orientieren wird, da im Vordergrund des Interesses die Ergebnisse der EFTA-Ministerkonferenz in London stünden. Was die Angelegenheit der erblosen Vermögen betrifft, macht Herr Petitpierre Bedenken geltend gegen eine Aushändigung des Bundesbeschlussesentwurfes an die Presse. Der Rat beschliesst, die Frage erst nach Behandlung des Antrages des JPD zu entscheiden. (s. Geschäft "Erblose Vermögen in der Schweiz, Entwurf zu einem Bundesbeschluss").

Schriftliche AnträgeBundeskanzleiWahlbasis für Nationalrat

Der Herr Bundespräsident stellt zuerst den Vorschlag Gasser zur Diskussion, der ihm etwas gekünstelt erscheine. Nachdem sich niemand für diesen Vorschlag ausspricht, wird die Lösung Gasser eliminiert.

In der folgenden Diskussion sprechen sich die Herren Spühler und Tschudi dafür aus, dass das Prinzip, dass der Nationalrat die Vertretung der Gesamtbevölkerung darstelle, nicht durch weitere Ausnahmen durchbrochen werden solle. Wenn schon eine Begünstigung der kleinen Kantone eingeführt werden solle, dann durch eine entsprechende Festlegung der Vertretungsziffer (26'000 für alle oder 27'000 mit Korrektur für Kantone mit weniger als 50'000 Einwohner). Die übrigen Herren sind alle für das von Glarus vorgeschlagene System mit der Begründung, dass die Verfassung selbst das reine System der Volksvertretung durch föderalistische Gedanken durchbreche, indem sie die Kantone als Wahlkreise bezeichne und jedem Kanton bzw. Halbkanton ein Mitglied garantiere. Der Vorschlag Glarus bedeute nur die logische Weiterentwicklung der Idee einer Berücksichtigung der föderalistischen Struktur unseres Staates. Diese Rücksichtnahme sei gerechtfertigt als eine Art Gegengewicht gegen die Entwicklung der Bevölkerungsbewegung, die sich je länger je mehr zugunsten der grossen Kantone und der Städte und zum Nachteil der kleinen Kantone und der Landschaft auswirke. Die Lösung gestatte den kleinen Kantonen entgegenzukommen, ohne die grossen Kantone zu benachteiligen.

In der Abstimmung wird mit 5 gegen 1 Stimme bei einer Enthaltung die BK beauftragt, den Vorschlag Glarus zu berücksichtigen.

Bei der Vertretungsziffer stimmen 3 Mitglieder für die Zahl 27'000 und 3 für die Zahl 28'000. Der Herr Bundespräsident gibt den Stichentscheid zugunsten von 28'000.

Bericht Dr. Weber

Vizekanzler Weber ersucht den Rat, sich zunächst darüber auszusprechen, ob er den Thesen vom 29. Juni zustimmen könne. Was der Evakuationsplan betreffe, möge der Rat speziell zur Frage Stellung nehmen, ob er glaube, dass es möglich wäre, eine A und B-Staffel des Bundesrates zu bilden, die im Interesse der Sicherheit beide, räumlich weit von einander getrennt, in unterirdischen Anlagen untergebracht wären, oder ob nicht vielmehr in erster Linie auf die Notwendigkeit Rücksicht zu nehmen sei, Kollegialbeschlüsse an gemeinsamen Sitzungen fassen zu können. Der Rat hat keine Einwendungen gegen die Thesen vom 29. Juni zu erheben und stimmt dem Evakuationsplan in seiner Grundtendenz zu. Er genehmigt die Anträge der Evakuationskommission vom 17. Juni. Was den Entwurf zu einem BRB betrifft, den der Rat ebenfalls zuerst stillschweigend genehmigt hatte, wird auf Grund eines in der Umfrage gestellten Rückkommensantrages von Herrn von Moos beschlossen, die formelle Beschlussfassung auszusetzen, bis nach dem gemeinsamen Besuch der Anlage, die für den Monat Oktober vorgesehen werden solle. Das

bedeute aber nicht, dass irgendwelche Einwendungen gegen den BRB erhoben werden. Der Rat teilt auch die Auffassung der Evakuationskommission, dass sich die Einholung von Mitberichten erübrige.

Was die Frage der Oberleitung durch das JPD betrifft, erklärt sich Herr von Moos einverstanden, die Aufgabe zu übernehmen. Mit Bezug auf die den Departementen erteilte Ermächtigungen bringt Herr von Moos die Präzisierung an, dass damit dem JPD die volle Freiheit eingeräumt werde, die Lösung zu wählen, die es als die nach den Umständen geeignetste erachtet.

Politisches Departement

Gesuch um Erteilung des Agréments für den neuen schweiz. Botschafter in Paris

Im Zusammenhang mit diesem Geschäft stimmt der Rat dem Vorschläge des Herrn Petitpierre zu, dass Herr Kohli durch Herrn Micheli ersetzt werden soll und dass Herr Micheli als Generalsekretär den Titel eines Botschafters weiterführen dürfe. Ein formeller Antrag werde noch folgen.

Justiz- und Polizeidepartement

Erblose Vermögen in der Schweiz

Die zwischen dem JPD und dem EPD bestehenden Differenzen werden wie folgt erledigt:

Was die Frist zur Stellungnahme betrifft, einigt man sich auf den 31. August 1961.

Das JPD ist damit einverstanden, den Entwurf Herrn Mehnert zur Begutachtung zu übermitteln. Herr von Moos beantragt noch beizufügen: "die Schweiz. Treuhand- und Revisionsgesellschaften". Herr Spühler wundert sich, dass die Vereinigung für Rechtsstaat und Individualrechte erwähnt werde, nicht aber der Schweiz. Juristenverein. Nach kurzer Aussprache wird beschlossen, über Aufnahme oder Nichtaufnahme dieser Organisation den Entscheid dem JPD zu überlassen.

Was die Presseorientierung betrifft, entscheidet sich der Rat dafür, dass der Presse der Bundesbeschlusentwurf nächste Woche ausgehändigt werden soll. Es handle sich ja um ein Vernehmlassungsverfahren und um eine Frage, bei der die Öffentlichkeit Anspruch auf objektive Orientierung habe.

Post- und Eisenbahndepartement

Schiffbarmachung Adria-Langensee, Verhandlungen mit Italien

Herr Spühler führt aus, dass er den Antrag des FZD verstehe. Im Vordergrund der Ueberlegungen des PED stehe die Absicht, das Gespräch mit Italien nicht abbrechen zu lassen. Was das Interesse der Schweiz betreffe, so müsse nicht nur die heutige Situation, sondern auch die künftige Entwicklung berücksichtigt werden. Wenn Italien den Kanal nur bis Mailand baue, werde es ihn später kaum weiterführen.

Herr Petitpierre teilt die Auffassung, dass es heute schwer halte, über den Nutzen des Kanals für die Schweiz etwas zu sagen. Bei uns sei man im allgemeinen neuen Ideen gegenüber skeptisch eingestellt. Die Italiener sollten noch im Juli unseren Standpunkt kennen. Man könne die Verhandlungen weiterführen, ohne jetzt endgültige Entscheidung zu treffen.

Nachdem Herr Spühler glaubt, noch vor Ende Juli einen ergänzenden Bericht erstatten zu können, wird beschlossen, diesen Bericht vor der Beschlussfassung noch abzuwarten.

U m f r a g e

Hr. P e t i t p i e r r e

Regelung der finanziellen Situation der schweiz. Delegation bei der EFTA

Der Rat ist damit einverstanden, die Frage nächste Woche zu behandeln.

Beschwerde Schilling

Herr Petitpierre macht darauf aufmerksam, dass der Bundesrat diese Beschwerde zu behandeln haben werde. Es handle sich um einen Mitarbeiter, der damit gerechnet habe, Botschafter oder Minister zu werden, man habe aber gefunden, dass das nicht gehe. Man habe den Fall beim EPD mit viel Verständnis behandelt. Herr Spühler teilt mit, dass Herr Schilling Mitarbeiter des Delegierten für Atomenergie gewesen sei. Er habe gekündigt, weil er geglaubt habe, er hätte Anspruch gehabt, weiter zu kommen. Offenbar habe sich der Mann etwas verrannt.

Hr. B o u r g k n e c h t

Demission Mengiardi

Herr Bourgknecht gibt Kenntnis von der Demission dieses Mitarbeiters. Stossend an diesem Falle sei, dass Herr Prof. Probst, mit dem Mengiardi beim Gesetz über die Investmentstrusts zusammengearbeitet habe, ihn nun für seine Treuhandgesellschaft engagierte.

Entwicklung der Kriminalität

Herr Bourgknecht ist erschreckt über die Zunahme der Kriminalität. Sie entwickle sich in einem Rythmus, dem durch Gegenmassnahmen Rechnung getragen werden müsse. Gegen die Schwäche der Richter könne der Bund nichts machen. Was aber gemacht werden könne, sei eine Verschärfung der Strafandrohungen. Bei den jugendlichen Verbrechern stelle sich die Frage der Einführung der Prügelstrafe. Mit der Humanität gehe man zu weit, wenn lebenslängliches Zuchthaus praktisch 15 Jahre Zuchthaus bedeute. Wegen des Widerstandes der öffentlichen Meinung wolle Herr Bourgknecht nicht die Wiedereinführung der Todesstrafe beantragen. Er ersuche aber das JPD, an die Kommission für die Revision des Strafrechtes zu gelangen, damit diese ihre Arbeiten beschleunige. Es sei unsere Aufgabe, die Leute vor den Verbrechern zu schützen. Unter dem kantonalen Strafrecht, das viel strenger gewesen sei, sei weniger delinquent

worden. - Herr von Moos teilt mit, dass eine Kommission bestehe zur Revision des Strafgesetzbuches, die sich in Unterkommissionen gliedert habe. Sie hätte beschlossen, die Revision des Strafvollzugrechtes voranzunehmen. Herr von Moos ist bereit zu prüfen, wie die Revision des materiellen Teiles aktiviert werden könne.

Abschiedscocktail Botschafter Coreth

Nachdem Herr Spühler aus dienstlichen Gründen nicht wie abgemacht am Abschiedscocktail teilnehmen kann, übernimmt Herr Tschudi seine Vertretung.

Hr. von M o o s

Generalsekretär der Bundesversammlung

Herr von Moos orientiert über den Beschluss des Nationalrates, der mit 86 gegen 3 Stimmen dem Sekretär der Bundesversammlung den Titel Generalsekretär verliehen habe. Anlässlich der Geschäftsprüfung wurde diese Frage aufgeworfen und vom Herrn Bundespräsidenten zur Prüfung entgegengenommen. Herr von Moos möchte wissen, ob er Opposition machen und am Antrag des Bundesrates festhalten solle. Begründet worden sei dieser Titel mit der Stellung, die Herrn Dr. Brühwiler als Teilnehmer internationaler Konferenzen zukomme.

Der Herr Bundespräsident hält dafür, dass es sich um eine Bagatelle handle, um das Prestigebedürfnis der eidg. Räte. Er empfehle, nicht zu opponieren, weil das doch nichts nützen und das Missbehagen nur noch verschärfen werde.

Herr Petitpierre stellt fest, dass es nach der Verfassung schon einen Generalsekretär der Bundesversammlung gebe, nämlich den Herrn Bundeskanzler, der die Beschlüsse des Nationalrates und der Bundesversammlung zusammen mit dem Nationalratspräsidenten unterschreibe.

Herr von Moos stellt fest, dass er auf dieses Argument, das durch die BV gedeckt werde, hingewiesen habe (Art. 103 BV). Das habe aber auf den Nationalrat keinen Eindruck gemacht. Aus diesen Überlegungen wolle er im Ständerat die Frage eher bagatellisieren.

Der Herr Bundespräsident zieht den Schluss, dass der Rat den Entscheid über das Vorgehen dem JPD überlasse.

Herr Tschudi

Balzanstiftung

Hier taucht wieder eine alte Frage auf, nämlich, ob entsprechend einer Bestimmung des Testamentes in den Stiftungsstatuten den Organen der Stiftung ein "traitement diplomatique spécial" eingeräumt werden solle. Da die Schweiz daran interessiert sei, dass die Stiftung sich in der Schweiz niederlasse, regt Herr Petitpierre an, EDI und EPD sollen prüfen, ob man nicht im Entscheide über die Genehmigung der Stiftungsstatuten den Begriff "traitement diplomatique spécial" näher erläutert werden könnte und ob man dann die Stiftungsstatuten nicht unverändert lassen könne. Herr Tschudi glaubt, dass die Vertreter der Stifterin mit einer solchen Lösung einverstanden wären.

Familienzulagen

Wie Herr Tschudi mitteilt, habe der Bauernverband interveniert wegen einer baldigen Erledigung der Angelegenheit. Die Botschaft liege beim Bundesrat. Es fehlen noch die Mitberichte des FZD und des JPD. Wenn die Vorlage noch in der Septembersession vor die Räte solle, müsse das Geschäft im Bundesrat noch vor den Ferien verabschiedet werden.

Der Herr Bundespräsident würde es begrüßen, wenn das möglich wäre im Hinblick auf die neuen Schwierigkeiten der Landwirtschaft, die sich bei der Verwertung der Aprikosenernte ergaben. Die Departemente werden deshalb ersucht um baldige Gestaltung der Mitberichte.

Handbuch der eidg. Räte

Ein Mitglied des Jugendparlamentes habe dieses Handbuch bei der BK beziehen wollen, aber die Antwort erhalten, dass das Büchlein nur für die Mitglieder der eidg. Räte und gewisse Beamte bestimmt sei. Der Herr Bundeskanzler stellt fest, dass man das Büchlein deshalb nicht abgeben könne, weil die Auflage erschöpft sei. Herr Tschudi wird das dem Interessenten mitteilen.

PräsidilavorbringenEFTA-Ministerkonferenz

Der Herr Bundespräsident hat das Schlusscommuniqué austeilen lassen. Er stellt fest, dass sich die Beurteilung der Lage, was England betreffe und wie sie von der Konferenz konzipiert worden sei, sich als richtig erwiesen habe. In England finde gegenwärtig eine Wiedererwägung des Standpunktes fest. Die Engländer hätten eingesehen, dass eine Kohäsion der EFTA auch für sie nützlich sein könnte, England müsse zuerst mit dem Common-Wealth ins Reine kommen. Vor einer Prinzipienklärung Englands werde nochmals eine Ministertagung der EFTA-Länder stattfinden im Juli oder Oktober. Macmillan möchte eine Konferenz der Common-Wealth-Länder vermeiden. Die Frage der Beziehungen der 7 zu den 6 sei zu unserer grossen Zufriedenheit gelöst worden.

Schweiz. Holzindustrieverband; 75.-jähriges Jubiläum, 6. Oktober

Der Herr Bundespräsident ist der Auffassung, dass es sich um einen Grenzfall handle, der eher im positiven Sinne entschieden werden sollte, im Hinblick auf die Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges. In Frage komme das EVD und das EDI. Herr Wahlen behält das Geschäft zurück, um noch mit Herrn Schaffner darüber zu sprechen.

80. Geburtstag von Herrn von Steiger

Der Herr Bundespräsident hat Herrn a. Bundesrat von Steiger ein Gratulationsschreiben und einen Blumenstrauss überreichen lassen. Folgende Geburtstage von alt Bundesräten stehen bevor:

Die Herren Etter und Kobelt werden 1961 70 Jahre alt. Herr Wetter wird 85, Herr Stampfli 80. Es wird beschlossen, künftig den 70- oder 75-jährigen mit Brief oder Telegramm zu gratulieren und den 80-jährigen mit Brief und Blumenstrauss.

Artikelserie Rueff Golddevisenstandard

In dieser alarmierenden Artikelserie komme der Verfasser zum Schlusse, dass wir in einer ähnlichen Lage stünden wie vor dem sogenannten "schwarzen Freitag". Kann das FZD dem Rate zu diesen Ausführungen eine Stellungnahme unterbreiten?

Herr Bourgknecht erinnert an den Kampf gegen die Steuerhinterziehung. Er sei zur Auffassung gekommen, dass ein Teil der Fälle auf die steuerliche Bewertung der Wertpapiere zurückgeführt werden könne. Diese Frage müsse mit den Kantonen besprochen werden. Er werde dem Bundesrat in diesem Sinne Antrag stellen.

Orientierungsreise des Bundesrates

Das ausgeteilte Programm wurde unverändert genehmigt.

Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 48. Sitzung des Bundesrates vom 27. Juni 1961 wird mit einer Aenderung beim Geschäft "Archive des Herrn General Guisan" genehmigt.